

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen
Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen
Band: 136 (1958)

Artikel: Basel zu Beginn des ersten Weltkrieges : 1914 und 1915 : Aufgaben und Sorgen einer Grenzstadt
Autor: Wild, Paul
Kapitel: IV.: Die öffentliche Meinung und der Krieg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006908>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Trotzdem die Allgemeine Musikgesellschaft die letzte Vorkriegssaison mit einem Defizit von über 6500 Franken abgeschlossen hatte und wegen des Wegfalls der Oper ihre Reserven anbrechen musste, schloss sie mit den Musikern neue Verträge, um ihnen und ihren Familien eine bescheidene Existenz zu sichern und das Orchester, dessen deutsche Mitglieder einberufen waren, vor der völligen Auflösung zu retten. So konnten 6 Sinfonie- und ebensoviele Kammermusikkonzerte geplant und dank der Treue der Besucher durchgeführt werden. Auch die vom Münsterorganisten gebotenen Orgelkonzerte und die Aufführungen des Gesangvereins entsprachen der gesammelten Stimmung einer dankbaren Zuhörerschaft. Im Dezember veranstaltete die Liedertafel ein besonderes Konzert für die anwesenden Truppen, das ebenfalls grossen Beifall fand. Am Ende der Saison durfte die Musikstadt Basel mit Genugtuung feststellen, dass sie auch in einem bescheidenerem Rahmen ihr hohes Niveau gewahrt hatte.

Das Museum an der Augustinergasse machte Ende September wenigstens seine naturhistorische und ethnographische Sammlung nach vorübergehender Schliessung wieder zugänglich. Der Kunstverein arrangierte eine ausserordentliche Ausstellung als Hilfe an notleidende Maler. Verschiedene Gesellschaften nahmen ihre traditionellen Vorträge, Kurse und literarischen Abende wieder auf.

Da der Kirchenrat öffentlich gegen die Reklame der Kinematographentheater protestierte, weil deren Frequenz die Mildtätigkeit beeinträchtige, erkundigte sich die Regierung beim Bundesrat, ob sie zur Schliessung der Lichtspiele befugt sei. Die Antwort lautete verneinend, da dies gegen die Gewerbefreiheit verstosse; doch seien die Kantone ermächtigt, gegen Auswüchse polizeilich einzuschreiten. Stimmen aus dem Publikum forderten das Verbot sensationeller Kriegsfilme und die Vorzensur der Kinoplakate. Der «Vorwärts», der den «Kintopp» als das Vergnügen des kleinen Mannes in Schutz nahm, wandte sich gegen jede staatliche und kirchliche Bevormundung des Filmliebhabers. Die gesetzlichen Grundlagen für eine Ordnung des noch jungen Lichtspielwesens, für die auch die Inhaber der Betriebe in ihrem und ihres Personals Interesse eintraten, mussten erst geschaffen werden.

IV. Die öffentliche Meinung und der Krieg

1. *Die Einstellung zu den beiden Kriegslagern*

Die schlagartig einsetzenden Ereignisse an der Westfront und die scheinbar unaufhaltsame deutsche Sturmflut gegen Paris liessen bei den einen ein

rasches Ende des blutigen Ringens erhoffen und weckten bei den andern je nach ihrer Sympathie für eine Mächtegruppe Befriedigung oder Empörung. Viele Basler teilten die in der deutschen Schweiz weitgehend herrschende Stimmung, ein Sieg Deutschlands sei als Ergebnis seiner militärischen Organisation vorauszusehen. Diese Einstellung wurde in Basel noch durch die Anwesenheit vieler schon jahrelang ansässiger deutscher Angestellter und Arbeiter und deren Familien (manche hatten Schweizerinnen geheiratet) verstärkt. Da ferner die aus Deutschland heimkehrenden schweizerischen Wehrpflichtigen des Lobes voll über die ausgezeichnete Behandlung während ihres Transportes waren und umgekehrt manche aus Frankreich kommende Kameraden sich beklagten, sie seien der Spionage verdächtigt und tagelang von einer Bahnlinie zur andern herumgeschoben worden, schufen solche Berichte in der Presse erst recht gegensätzliche, aber schiefe Eindrücke von Ordnung auf der einen und von Desorganisation auf der andern Seite. Die übrigen Mächte wurden noch lange nur oberflächlich beurteilt: Österreich und England galten als militärische Anhängsel Deutschlands und Frankreichs; Russland lag vollends abseits und errang höchstens durch sein mutiges Alkoholverbot eine gewisse Achtung, und das kleine Serbien hatte trotz seinem Heroismus unter dem Verdacht zu leiden, den Kriegsausbruch verschuldet zu haben.

Wenn es also zunächst schien, die öffentliche Meinung in unserer Grenzstadt unterliege fast widerstandslos der Suggestion, Frankreich werde binnen wenigen Wochen von den deutschen Heeresmassen niedergewalzt sein, so war dies jedoch vor allem der Propaganda zuzuschreiben, welche unter anderem durch erfundene Nachrichten über französische Luftangriffe auf unbefestigte Städte in Süddeutschland von Anfang an den Gegner als Verbrecher am Völkerrecht anzuschwärzen suchte. Doch diese gefühlsmässige Verurteilung des französischen «Angreifers» wandelte sich schlagartig, als am 4. August der deutsche Einmarsch in Belgien bekannt wurde. Wenn laut dem Rechtfertigungsversuch des Reichskanzlers die staatsrechtlich verbürgte Neutralität eines Kleinstaats nicht mehr als ein Fetzen Papier wert war, so musste die Schweiz jederzeit darauf gefasst sein, dasselbe Schicksal zu erleiden. Namentlich die leidenschaftliche Empörung des Welschlands über den Triumph der nackten Gewalt, aber auch die Einsicht in die tödliche Gefahr, welche der romanischen Kultur durch einen Sieg des Pangermanismus drohte, weckten auch in deutschfreundlichen Kreisen das Bewusstsein der Verantwortung für unsere geistige Unabhängigkeit von wesensfremder Mentalität. Bei dieser «Kopfklärung» leistete besonders die kurz vor dem Krieg gegründete Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) wertvolle Pionierarbeit.

Diese Ernüchterung verfeinerte das Urteil über die Kriegsparteien, und die Zeitungsspalten jener spannungsgeladenen Monate zeigen interessante Nuancen, die für die Stimmung unserer Bevölkerung bezeichnend sind.

Besonders unermüdlich bemühten sich die beiden bürgerlichen Organe, sich apodiktischer Äusserungen zu enthalten und ihre Leser zur Selbstbeherrschung in Wort und Tat zu ermahnen. «Das brandende Meer des internationalen Hasses reizt uns nicht», schrieben die «Basler Nachrichten» schon am 1. August. Bald darauf warnte auch die «National-Zeitung» vor der Trübung unserer Unbefangenheit durch fremde Sprach- und Rassetheorien. Der Hagel von Anschuldigungen wegen angeblicher Voreingenommenheit, dem sich die Redaktionen aussetzten, veranlasste die «Basler Nachrichten», unter dem Titel «Hüst und Hott», eine Blütenlese anonymer Zuschriften abzu drucken, die ihr gehässige Parteinahme für die eine oder andere Seite vorwarfen, und damit nachzuweisen, dass sie die richtige Mitte zwischen den fanatischen Extremen eingehalten habe. Immer wieder wurde betont, dass keine fremde Macht trotz ihrem Liebeswerben um unsere Sympathie sich je für unsere Interessen schlagen würde. So sehr mancher gute Eidgenosse unter dem Gefühl ohnmächtigen Zuschauens litt, mussten vereinzelte Aufforderungen zu einer «aktiven» Neutralität (z. B. der Vorschlag, die Neutralen sollten die Kriegsführenden für Ausschreitungen militärischer Instanzen haftbar erklären) als unerfüllbar abgelehnt werden. Als Deutschland Dokumente aus den Brüsseler Archiven veröffentlichte, um die Fragwürdigkeit der belgischen Neutralität vor dem Krieg darzulegen und damit die Invasion zu rechtfertigen, konnten solche plumpen Versuche nicht mehr verfangen. Spittellers Zürcher Vortrag «Unser Schweizer Standpunkt» wirkte bei uns wie allorts in seiner bescheidenen Einsichtigkeit als befreiende Tat.

Wenngleich der «Vorwärts» sich ebenso energisch für die Unabhängigkeit der öffentlichen Meinung wehrte, so begründete er dies in erster Linie mit der Theorie des Marxismus, wonach allein Kapitalismus und Militarismus den nationalen Chauvinismus geschürt und dadurch den Krieg verschuldet hätten; die schweizerische Arbeiterschaft müsse sich hüten, dem wehrlos zur Schlachtbank geführten Proletariat der kriegführenden Staaten durch Rausch und Hass in den Rücken zu fallen und die Einheit der Klasse aufs Spiel zu setzen. «Nur wer international zu bleiben vermag, ist imstande, neutral zu sein», war seine Devise. Den Rückgang seiner Abonnentenzahl führte die Redaktion ausser auf die Teuerung auch darauf zurück, dass sie aus ihrem Misstrauen gegen Deutschlands Machtstreben nie ein Hehl gemacht und statt den Heeresberichten lieber den Nachrichten über den Stand der sozialistischen Bewegung im Ausland breiten Raum gewährt habe; mit verächtlichem Seitenblick auf die «National-Zeitung», die zur Füllung ihrer Spalten

auch Schwindelmeldungen nicht verschmähe, verkündigte der «Vorwärts» stolz, er wolle eher untergehen als um Freundschaft betteln.

Doch richtete das Organ der Basler Arbeiterschaft schon bald seinen Kampf für die «Freiheit der Presse» auch gegen die Zensurvorschriften; der «Vorwärts» brandmarkte das Verbot obskurer welscher Hetzblättlein als «eidgenössischen Pressknebel» und rief den deutschfeindlichen «Démocrate» als Kronzeugen für die Unrechtmässigkeit der Massregelungen auf. Die Animosität gegen Deutschland zeigte sich auch in der Kritik am Bundesrat, weil er seinen Protest gegen die unabsichtliche Überfliegung der Rheingrenze durch englische Flugzeuge (anlässlich ihres Angriffs auf die Zeppelinwerft in Friedrichshafen) unnötig scharf abgefasst habe, statt gegen die Erschwerung unserer Versorgung durch die Kriegführenden energischer aufzutreten. Obschon der «Vorwärts» gegen die «masslose Empfindlichkeit heroischer Schreibtischstrategen» zu Felde zog, die keine Ansicht als die ihre gelten liessen, muss festgestellt werden, dass er durch die vollinhaltliche Wiedergabe der Spitteler-Rede deren enorme Bedeutung für unsere geistige Unabhängigkeit sofort erkannt und gewüdigt hat.

Zu einer scheinbar nur nebensächlichen Erscheinung nahmen die «Basler Nachrichten» entschlossen Stellung: es betraf die illustrierten Sonntagsbeilagen vieler deutschschweizerischer Tageszeitungen, die trotz abgeänderter Titel und Köpfe deutsches Fabrikat waren. Da diese Elaborate weder einen verantwortlichen Redaktor noch den Verlags- und Druckort angaben, wurde vorgeschlagen, dies als Verstoss wider das Pressegesetz zu untersuchen. Später gelang es den Bemühungen der Neuen Helvetischen Gesellschaft, solchem Eindringen einer wesensfremden Mentalität in das Schweizerhaus durch die Herausgabe eigener Beilagen zu wehren.

Die ungeheuren Blutopfer auf allen Kriegsschauplätzen und die Vernichtung zahlloser Werte zu Land und zur See, ohne dass sich mit Bestimmtheit erkennen liess, welcher Seite sich der Endsieg zuneigen würde, hielten die Hoffnung wach, die Mächte würden bald die Sinnlosigkeit ihrer Politik einsehen und die Hand zum Frieden bieten. So glaubten die «Basler Nachrichten» in ihrer Weihnachtsbetrachtung feststellen zu dürfen, dass die Diplomaten mit den Unschuldsbeteuerungen ihrer Farbbücher selber eingestanden hätten, der Krieg sei ein furchtbares Unrecht an der ganzen Menschheit und an ihrer Friedenssehnsucht. Wenn sie aber konstatieren zu können glaubten, der europäische Krieg reiche trotz all seiner Schrecken nicht an die Bestialität früherer Zeiten heran, so zeigt dies, dass auch ein intelligenter Beobachter 1914 die Totalität des modernen Kriegs noch nicht ahnte. Die «National-Zeitung» blickte am Jahreswechsel noch optimistischer in die Zukunft, wenn sie zuversichtlich eine lange und glückliche Friedenszeit pro-

phezeite, da die Staatsmänner durch die Feuersbrunst gewitzigt seien, und stellte auch der Schweiz durch eine Teilnahme am Wiederaufbau eine günstige Prognose. Haben wir Zeugen von zwei Weltkriegen und von früher nie erlebten Wirtschaftskrisen und sozialen Umwälzungen das Recht, über die Generation von 1914 zu lächeln, weil sie noch in den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts befangen war?

2. Der «Graben» zwischen Deutsch und Welsch

Ogleich die Kluft zwischen den beiden Landesteilen erst in der Folgezeit zur nationalpolitischen Krise auszuarten drohte, zeigten sich die ersten Risse schon knapp nach Kriegsausbruch. Als welsche Zeitungen die deutschschweizerische Reserve in der belgischen Frage als Verrat an unseren gemeinsamen Idealen brandmarkten, fühlten sich die «Basler Nachrichten» zu einem in der Form ruhigen, aber unmissverständlichen Stellungsbezug bewogen. Ohne deutschfreundliche Torheiten einzelner Presseergüsse abzustreiten, gab sie die Erklärung ab, wir fühlten uns durch die gemeinsame demokratische Idee und Geschichte, mehr noch durch die Vertrautheit mit der französischen Kultur unverbrüchlich mit den welschen Brüdern verbunden und seien gerade durch diesen Kontakt imstande, unsere Eigenart und geistige Elastizität zu bewahren. Die «Gazette de Lausanne» verdankte ausdrücklich diesen «Aufruf an unsere welschen Freunde»; die «Basler Nachrichten» quittierten das Kompliment mit dem Abdruck eines Appells de Reynolds an seine engeren Landsleute, in welchem er die alemannische Schweiz als besten Schutz vor der Provinzialisierung der romanischen durch die französische Kultur pries. Die «National-Zeitung» entrüstete sich heftiger über die Deutschfeindlichkeit der welschen Presse und verlangte vom Bundesrat ein festeres Zugreifen durch Verwarnungen und Verbote, um dem Ausland keine Vorwände für ungehörige Zumutungen zu liefern. Da sich der Eindruck aufdrängte, die welschen Behörden distanzieren sich nicht deutlich genug von der Agitation der Presse und der Strasse, drohte die «National-Zeitung» mit Enthüllungen über die Hintergründe der in Basel aufgedeckten Spionage. Auch die Basler Gruppe der NHG verurteilte gemeinsam mit den Sektionen in Lausanne und Bern in einer Kundgebung die Aufhetzung des Volkes gegen die Tätigkeit unserer Polizei. Doch wurde es auch der «National-Zeitung» bewusst, dass eine gewisse geistige Abhängigkeit der deutschen Schweiz von ihrem nördlichen Nachbarn ihr Empfinden für Freiheit und Demokratie eingeschläfert habe und wir dem welschen Weckruf dankbar sein müssten. Der «Vorwärts» äusserte sich nur selten zu diesen Fragen;

er setzte sich vor allen Dingen für bessere Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes ein.

3. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu Krieg und Landesverteidigung

Internationalismus und Friedensfrage

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die am 1. Juni 33 236 Mitglieder in 609 Organisationen zählte, nahm die baselstädtische Sektion mit nur 2265 Mann in 11 Verbänden zwar keine überragende Stellung ein, doch wusste sie sich durch das Sprachrohr des «Vorwärts» weit über unseren Kanton hinaus Beachtung zu verschaffen. Er rapportierte nicht bloss ausführlich über die Tätigkeit der hiesigen Gewerkschaften, Quartiervereine und Jugendorganisationen, sondern öffnete seine Spalten auch prominenten Führern der ausländischen Bewegung, um deren Haltung im Krieg seinen Lesern verständlich zu machen. Als Glied der auf das marxistische Glaubensbekenntnis eingeschworenen II. Internationale stand auch die schweizerische Partei in grundsätzlicher Opposition zum bürgerlich-kapitalistischen Staat und verfocht die übernationale Solidarität des Proletariats. Der dagegen auf nationalem Boden stehende Grütliverein mit 11 631 Mitgliedern in 296 Sektionen, dessen Schwergewicht in den noch halb ländlichen Industrieorten lag, wurde bei der Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze in den Städten von seinem stärkeren Bruder immer mehr in die Defensive gedrängt und verlor allmählich seine Anziehungskraft auf die Werktätigen.

Die Parteileitung suchte zunächst ihre Stellung zu dem plötzlich ausgebrochenen Völkerringen zu fixieren. Obschon der unerwartete «Umfall» der deutschen und französischen Genossen auf die Seite der «Patrioten» unsere Arbeiterschaft konsternierte und vom Bürgertum als Bankrott der kosmopolitischen Ideale der Internationale proklamiert wurde, hielten die Sozialisten am Glauben an den schliesslichen Triumph des Proletariats durch die Überwindung der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung fest. In seinem Bettagsartikel stellte der «Vorwärts» den eisernen Waffen des nationalen «Chauvinismus» den geistigen Kampf gegenüber; die Gnade der Verschonung vor der Kriegsgeißel auferlege uns die Pflicht, auf die Schlagworte der Kriegführenden zu verzichten und die verhetzten Völker zur gegenseitigen Achtung zurückzuführen. Mit der Weigerung, zu den Fahnen zu eilen, hätte das Proletariat Selbstmord begangen, da es beschuldigt worden wäre, es wolle das Vaterland auch gegen den «innern Feind» wehrlos machen. Bald

darauf zog der Zürcher Arbeiterführer Grimm in einer in der Burgvogtei gehaltenen Rede die erste Bilanz der Lage: nach dem unleugbaren Versagen der Internationale müsse man auf die schliessliche Erschöpfung der Kriegführenden hoffen, da ein Sieg-Friede neuen Rüstungen rufen und den Hass verewigen würde; nur ein künftiger Kongress der Proletarier aller Länder, also auch aus der Schweiz, könne wirksame Garantien gegen die Wiederholung des Völkermordens schaffen: die schweizerischen Arbeiter, deren Kampfgeist durch die gewerkschaftlichen Erfolge eingeschläfert sei, müssten sich auf ihre revolutionäre Kraft besinnen. Der stark besuchte Parteitag beauftragte die Geschäftsleitung, mit den Sozialisten der andern Länder Fühlung zu halten, um der Ausweitung des Krieges vorzubeugen (bereits hatte eine Konferenz schweizerischer und italienischer Genossen in Lugano diese Frage besprochen). Damit hatte es vorläufig sein Bewenden; denn die Führer sahen sich genötigt, theoretische Reflexionen über die künftige Gestaltung Europas vor den weit dringlicheren Anforderungen der Gefolgschaft, die wirtschaftliche Not zu bekämpfen, in den Hintergrund treten zu lassen, wenn sie nicht eine Spaltung der Partei heraufbeschwören wollten. Da auch die Landesverteidigung immer mehr bezweifelt wurde, mussten sich in den kommenden Auseinandersetzungen ideologische und opportunistische Argumente verschlingen und eine geradlinige Politik erschweren.

Landesverteidigung und Grenzwehr

Nachdem die Sozialdemokraten in der historischen Sitzung der Bundesversammlung am 3. August die Mobilmachung der Armee gutgeheissen und der Wahl Willes zum General zugestimmt hatten, machten sich in ihrer Presse bald verklausulierte Abweichungen von dieser Entscheidung vernehmbar. Zwar hatte der «Vorwärts» noch in den letzten Friedenstagen zugegeben, im Fall eines deutsch-französischen Krieges sei eine totale oder partielle Grenzwehr «unter Umständen» das geringere Übel als eine Invasion, und eine Woche später drückte auch er seine Zufriedenheit mit der reibungslosen Mobilmachung aus. Noch am Parteitag bekämpfte Redaktor Frei mit Erfolg den Antrag der Genossen Graber und Naine auf Ablehnung des Militärbudgets, weil eine Schwächung der Verteidigung in Basel als Gefahr empfunden würde, und nannte den Antimilitarismus der Welschen ein «Strohfeuer». Andererseits gewährte er Grimm im «Vorwärts» das Wort, der dem Kredit nur zustimmen wollte, wenn der Bundesrat die Verwendung der Armee bloss gegen einen äusseren Feind garantiere. Das Organ der Basler Arbeiterschaft sprach es offen aus, dass die lautesten Schreier gegen das Militär nicht immer die konsequentesten Sozialisten seien und dass für prinzipielle Entschlüsse stets der geeignete Zeitpunkt abgewartet werden müsse. Diese Äusserung

konnte dem hellhörigen Leser verraten, dass sich die Führerschaft der Partei das Abschwenken in das antimilitaristische Fahrwasser vorbehielt. Bei längerer Dauer des Krieges musste dieser Moment früher oder später eintreten.

V. Basel und die Politik der Eidgenossenschaft

1. Abstimmungen und Wahlen

Im Spätherbst wurde eine von allen Parteien empfohlene Teilrevision der Bundesverfassung (Einführung des eidgenössischen Verwaltungs- und Disziplinargerichts) auch in Basel-Stadt angenommen.

Auch die schon erwähnten Wahlen in die Bundesversammlung warfen keine hohen Wellen. Immerhin fühlte sich der «Vorwärts» bewogen, den Verzicht auf einen von einem Teil seiner Anhänger erwarteten Wahlkampf durch den Hinweis mundgerecht zu machen, dass die an der Grenze stehenden Genossen nur geringes Interesse an einer grundsätzlichen Auseinandersetzung hätten; doch bedeute dies keineswegs die Ignorierung des unter dem trügerischen Firnis der nationalen Einigkeit mottenden Klassenkampfes, der wegen der unbarmherzigen Teuerung und der Ohnmacht des kapitalistischen Staats im gegebenen Moment ausgetragen werden müsse. Die bürgerlichen Organe begnügten sich mit der Feststellung, dass die äussere Gefahr und die gemeinsame Anstrengung zur Bewältigung der vielen inneren Probleme das Stillhalteabkommen zwischen den Parteien rechtfertigten.

2. Die eidgenössischen Finanzen

Da die Bundesfinanzen durch die Kosten der Grenzbesetzung auf eine bisher nie erreichte Belastungsprobe gestellt wurden, rückte diese Frage in den Behörden und in der öffentlichen Meinung sogleich in den vordersten Rang. Der Rückgang der Zollerträge infolge der Drosselung der Zufuhren und der Einnahmen der Transportmittel wegen der Stockung des Personen- und Güterverkehrs nötigten den Bundesrat, einschneidende Sparmassnahmen ins Auge zu fassen. Da dies von verschiedenen Kreisen Opfer heischte, konnte es nicht ausbleiben, dass die Betroffenen sich beflissen, an den Vorschlägen nur die Nachteile herauszustreichen, um womöglich darum herumzukommen. So erzeugte neben der Erhöhung der Taxen der Retourbillette und der Einschränkung der Freikarten vor allem die vom Bundesrat verfügte Sistierung der Gehaltsprogression für das Bundespersonal bei der Arbeiterschaft